

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend

Direktor: Professor Dr. Michael Hüther

 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 2. Dezember 2010

Bayern und Sachsen als Vorbild

In puncto öffentliche Verschuldung setzen Sachsen und Bayern Maßstäbe: Mit Pro-Kopf-Schulden von rund 1.500 Euro bleibt das Ostland 2010 um 75 Prozent unter dem Durchschnitt aller Bundesländer. Die bayerische Ausgabendisziplin wiederum zeigt sich darin, dass der Freistaat nur mit 6,3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Kreide steht. Beide Länder haben schon frühzeitig angefangen zu sparen und sich gleichsam freiwillig ein Verschuldungsverbot auferlegt. Ganz anders das Saarland und Sachsen-Anhalt. An der Saar beträgt die

Schuldenlast je Einwohner annähernd 11.000 Euro – mehr als in jedem anderen Flächenland. An der Saale wiederum belaufen sich die Defizite auf 39 Prozent des BIP. Die Schuldenquote ist damit über sechsmal so hoch wie beim Musterschüler Bayern. Unter den Stadtstaaten, die neben den Landesverbindlichkeiten auch die Gemeindeschulden tragen müssen, ragen die beiden Hansestädte Hamburg und Bremen negativ heraus. Berlin dagegen ist nicht mehr der böse Bube, denn der rot-rote Senat nimmt seine Konsolidierungsaufgabe ernst.

In dieser Woche

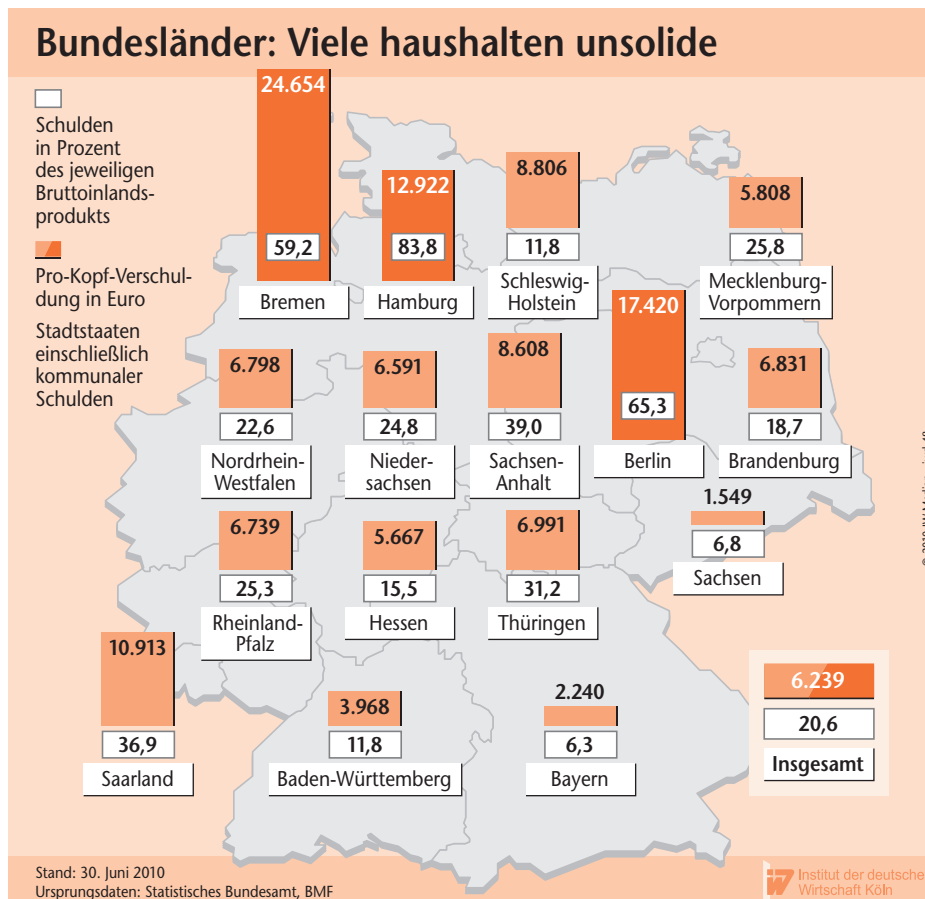
Konjunktur: Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat 1.800 deutsche Unternehmen zu ihren Konjunkturerwartungen befragt. Eine Mehrheit blickt demnach optimistisch in die Zukunft. Rund 55 Prozent der Betriebe rechnen 2011 mit einem Produktionszuwachs und nur 9 Prozent mit einem Rückgang. Seite 2

Der Arbeitsmarkt: Die sozialen Dienstleister haben sogar in der Krise neue Arbeitsplätze geschaffen. Zwischen 2006 und 2010 entstanden in diesem Bereich 440.000 zusätzliche Jobs – das war fast ein Drittel aller neuen Stellen. Die Finanzdienstleister haben hingegen im größeren Umfang Personal abgebaut. Seite 3

Familienfreundlichkeit: In fast allen Unternehmen Europas stößt der Wunsch der Mitarbeiter, Beruf und Familie gut miteinander vereinbaren zu können, auf offene Ohren. Dennoch unterscheidet sich der Umfang der betrieblichen Unterstützung von Land zu Land erheblich. Seite 4-5

Bahnverkehr: Seit 175 Jahren rollen Züge durch Deutschland. Mehr als ein Viertel aller EU-Gütertransporte per Bahn entfiel im Jahr 2008 auf das hiesige Streckennetz. Vor allem seit der Bahnreform von 1994 geht es wieder aufwärts – die Zahl der beförderten Fahrgäste steigt kontinuierlich. Seite 6-7

Spitzenforschung: Nobelpreise gelten als Beleg für die Innovationskraft eines Landes. Hinter den USA hat Deutschland die renommierte Auszeichnung in den Naturwissenschaften am zweithäufigsten entgegengenommen. Allerdings kommen die hiesigen Preisträger überwiegend von außeruniversitären Einrichtungen. Seite 8



Konjunktur

Aufschwung aus eigener Kraft

Die deutsche Wirtschaft ist auf dem besten Weg, die Krise hinter sich zu lassen: Mehr als die Hälfte der Unternehmen erwartet für 2011 bessere Geschäfte als in diesem Jahr. Davon profitiert auch der Arbeitsmarkt – ein gutes Drittel der Firmen will Mitarbeiter einstellen.

Für den deutschen Aufwärtstrend spricht nicht zuletzt, dass das Wirtschaftswachstum mittlerweile zu etwa zwei Dritteln von der Inlandsnachfrage getragen wird. Entsprechend prognostiziert das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) für das gesamte Jahr 2010 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 3½ Prozent. Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaft um 2¼ Prozent zulegen.

Diese positive Einschätzung untermauert auch die aktuelle IW-Befragung von rund 1.800 Unternehmen in West- und Ostdeutschland. Im Einzelnen:

• **Geschäftslage im Herbst 2010.** Gegenüber dem Frühjahr hat sich die Stimmung weiter aufgehellt (vgl. iwd 20/2010). Inzwischen berichten 58 Prozent der befragten Unternehmen von einem höheren Produktionsniveau als vor einem Jahr und nur 11 Prozent melden schlechtere Geschäfte.

Generell sind die Zeiten in allen Wirtschaftsbereichen rosiger geworden, wobei der stärkste Aufwärtstrend in den Industrieunternehmen zu verzeichnen ist. Zudem gibt es regionale Unterschiede: Gegenüber Herbst 2009 bewerten im

Westen 60 Prozent der Betriebe ihre Situation als günstiger, in Ostdeutschland jedoch nur 47 Prozent.

• **Erwartungen für 2011.** Dem kommenden Jahr sehen die meisten Firmen optimistisch entgegen (Grafik):

Produktion. Der IW-Umfrage zufolge wird die deutsche Wirtschaft weiter expandieren:

Die Mehrheit der Unternehmen – nämlich 55 Prozent – erwartet für 2011 einen Produktionszuwachs. Nur 9 Prozent rechnen mit einem Rückgang.

Die größte Zuversicht legen die Hersteller von Investitionsgütern an den Tag – 72 Prozent gehen von einem steigenden Output aus und nur 5 Prozent halten ein Minus für wahrscheinlich. Aber auch die Mehrzahl der Vorleistungsgüterproduzenten (61 Prozent), der Konsumgüterfirmen (55 Prozent) und der Dienstleister (53 Prozent) hält den Daumen nach oben. Und selbst in der zuletzt nicht gerade erfolgsverwöhnten Bauwirtschaft gibt es mehr Optimisten (32 Prozent) als Pessimisten (15 Prozent).

Export. Obwohl die Wirtschaft längst nicht bei allen Handelspartnern rund läuft, erwarten 39 Prozent der Unternehmen in Deutschland für das kommende Jahr eine Zunahme ihrer Ausfuhren. Lediglich 6 Prozent gehen von rückläufigen Exporten aus. Allerdings ist der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen noch nicht wieder so groß wie im vorherigen Aufschwung. Am erfreulichsten sind die Perspektiven in der In-

vestitionsgüterbranche. Dort rechnen 66 Prozent der Betriebe mit einem besseren und nur 3 Prozent mit einem schlechteren Auslandsgeschäft.

Investitionen. Mit der gestiegenen Nachfrage nach Investitionsgütern wie Maschinen und Fertigungsanlagen gewinnt der Aufschwung an Eigendynamik. Und diese Entwicklung hält auch im kommenden Jahr an:

Für 2011 planen 43 Prozent der Unternehmen höhere Investitionsbudgets als in diesem Jahr – nur 12 Prozent meinen, hier kürzen zu müssen.

Vor allem die Industriebetriebe haben Neuanschaffungen im Blick: Fast jeder zweite will mehr investieren und nur gut jede zehnte Firma muss wohl Abstriche machen. Aber auch die Dienstleister planen mehrheitlich – mit 42 zu 10 Prozent – höhere Investitionen.



Beschäftigung. Die Erholung am Arbeitsmarkt setzt sich 2011 fort:
















Immerhin 34 Prozent der Unternehmen haben vor, die Zahl ihrer Beschäftigten zu erhöhen – lediglich 11 Prozent rechnen mit einem Personalabbau.

Im Frühjahr hatten sich in Sachen Arbeitsplätze die positiven und negativen Erwartungen noch die Waage gehalten.

Am besten sind die Aussichten wiederum bei den Investitionsgüterproduzenten. Von ihnen will gut die Hälfte im kommenden Jahr mehr Mitarbeiter beschäftigen. Weniger als ein Zehntel hat einen Stellenabbau im Blick.


Konjunktur: Aufwärtstrend setzt sich fort

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2011 eine  Abnahme von ...  Zunahme von ...

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Insgesamt
Produktion	8,0  55,8	12,0  48,1	8,6  54,6
Export	5,1  41,2	8,2  27,7	5,6  39,3
Erträgen	16,1  45,2	16,7  32,5	16,2  43,4
Investitionen	10,7  44,8	17,2  33,3	11,7  43,0
Beschäftigung	10,0  35,0	13,4  26,5	10,5  33,7

Rest zu 100: gleichbleibend

Quelle: IW-Befragung von 1.355 Unternehmen in Westdeutschland und 451 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2010

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Jobs: Verlierer Finanzberufe

Nicht alle Berufe haben unter der Krise gelitten. Selbst in der tiefsten Rezession legten die sozialen Dienstleistungen noch zu – insbesondere wurden Sozialarbeiter eingestellt. Eindeutiger Verlierer sind dagegen die Finanzberufe.

Noch Mitte des Jahrzehnts sah es auf dem Arbeitsmarkt trübe aus. In puncto Arbeitslosigkeit jagte ein Negativrekord den anderen. Erst der Aufschwung in den Jahren 2006 bis 2008 machte damit Schluss: Im März 2008 waren 1,4 Millionen Erwerbstätige mehr in Lohn und Brot als zwei Jahre zuvor. Und das waren gute neue Stellen – die meisten gehörten zur Kategorie der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Ihre Zahl stieg um 1,3 Millionen.

Von diesem Job-Boom profitierten mit wenigen Ausnahmen alle Berufsgruppen. Besonders gut weg kamen die Hilfsarbeiter, die der Arbeitsmarkt zuvor schon fast abgeschrieben hatte. Aber auch Facharbeiter wie Schlosser und Montierer waren stark gefragt – ebenso Berufe im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen.

Mit der jüngsten Krise änderte sich das Bild. Die Industriebetriebe unternahmen zwar große Anstrengungen, ihre Belegschaften zu halten. Gleichwohl sank die Zahl der Beschäftigten in industriellen Berufen deutlich.

Unter dem Strich legte die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs in den vergangenen zwei Jahren allerdings um weitere 170.000 zu. Dies ist dem ungebremsten Wachstum der sozialen Dienstleistungen geschuldet. Krankenschwestern, Lehrer, Kindergärtnerinnen und Sozialarbeiter hatten auch in der Krise Konjunktur – insgesamt entstanden in diesem Segment zwischen 2006 und 2010 über 440.000 neue Jobs und damit fast ein Drittel aller neuen Stellen.

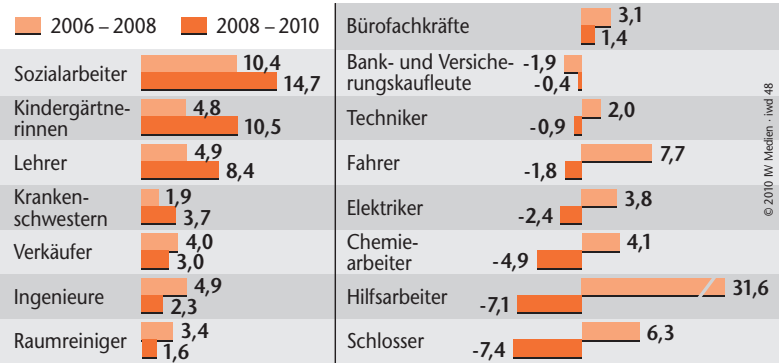
Die Finanzdienstleister dagegen haben sowohl im Aufschwung als auch in der Krise verloren: In den vergangenen zehn Jahren verschwanden in diesem Bereich 56.000 Arbeitsplätze.



Der Arbeitsmarkt

Zukunftsberuf Sozialarbeiter

Um so viel Prozent hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Zeitraum zu-/abgenommen

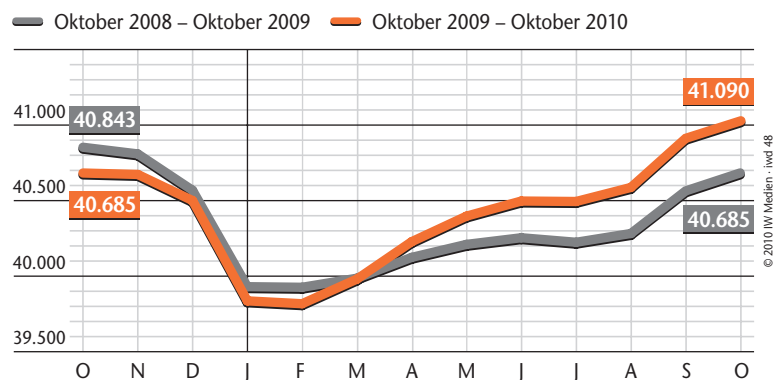


Stand: jeweils März
Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Beschäftigung

Erwerbstätige in Deutschland in 1.000

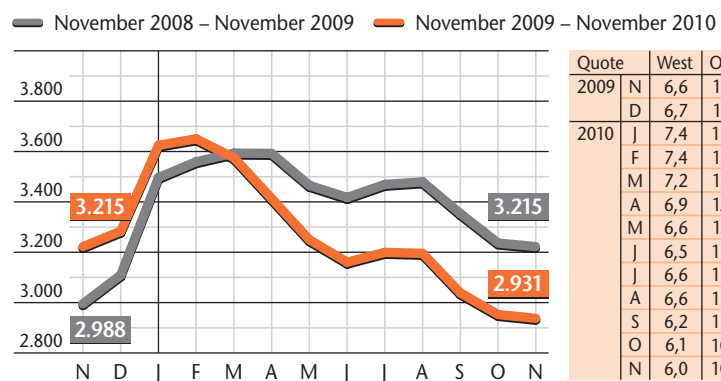


Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in Deutschland in 1.000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Quote	West	Ost
2009		
N	6,6	11,8
D	6,7	12,1
2010		
J	7,4	13,5
F	7,4	13,7
M	7,2	13,5
A	6,9	12,7
M	6,6	12,1
J	6,5	11,6
J	6,6	11,6
A	6,6	11,5
S	6,2	11,0
O	6,1	10,7
N	6,0	10,7

Familienfreundlichkeit

Europas Betriebe setzen auf Flexibilität

Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können – dieser Wunsch der Mitarbeiter stößt in fast allen Unternehmen Europas prinzipiell auf offene Ohren. Besonders stark engagieren sich britische und schwedische Firmen, während polnische und italienische Betriebe tendenziell weniger familienfreundlich sind. Deutsche Unternehmen bieten ebenfalls ein breites Spektrum an personalpolitischen Instrumenten an, damit die Beschäftigten berufliche Anforderungen und familiäre Verpflichtungen leichter unter einen Hut bekommen.*)

Wie familienfreundlich sind die Unternehmen in Europa? Dieser Frage ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag des Bundesfamilienministeriums und der Robert-Bosch-Stiftung nachgegangen und hat für den europäischen Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit mehr als 5.000 Unternehmen in Deutschland, Frankreich, Italien,

Polen, Schweden und Großbritannien nach ihrer Einstellung und nach konkreten personalpolitischen Maßnahmen befragt. Demnach steht das Thema Familienfreundlichkeit bei den meisten Betrieben ganz oben auf der Agenda:

In allen sechs Ländern messen mindestens 80 Prozent der Firmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

eine große oder relativ große Bedeutung bei.

Unternehmen in Schweden und Großbritannien schätzen den Stellenwert einer familienfreundlichen Arbeitswelt sogar noch etwas höher ein. Konsequenterweise sind die Betriebe in diesen beiden Ländern auch besonders aktiv bei der Einführung und Anwendung von personalpolitischen Instrumenten, mit denen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden soll (Tabelle):

Mehr als ein Viertel der Firmen im Vereinigten Königreich und ein gutes Fünftel der Betriebe in Schweden praktizieren 13 oder mehr familienfreundliche Maßnahmen.

Weitere 31 Prozent der britischen und 26 Prozent der schwedischen Unternehmen bieten immerhin zehn bis zwölf Instrumente an, die eine bessere Balance zwischen beruflichen Anforderungen und familiären Verpflichtungen ermöglichen sollen.

Zum Vergleich: In Deutschland gibt es in rund 10 Prozent der Betriebe 13 oder mehr familienfreundliche Maßnahmen und annähernd 17 Prozent haben zehn bis zwölf solcher Angebote in petto. Damit ist das hiesige Engagement zwar kleiner als in Schweden und Großbritannien, jedoch deutlich stärker als in Frankreich, Italien und Polen.

Doch wie sieht eine familienfreundliche Personalpolitik überhaupt aus? Das IW Köln hat sich bei der europaweiten Befragung im Großen und Ganzen auf den Maßnahmenkatalog bezogen, den es bereits in seiner Analyse zum unternehmerischen Engagement in Deutschland verwendet hat (vgl. iwd 16/2010). Insgesamt wurden 24 Maßnahmen abgefragt, die sich den vier folgenden Sammelstichworten zuordnen lassen:

- **Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Arbeitsorganisation.** Hierzu zählen flexible Tages- oder Wochenarbeitszeiten, Telearbeit, Teilzeit und Sabbaticals.

Was sind familienfreundliche Maßnahmen?

Ob Bügelservice oder Betriebskindergarten – Unternehmen können auf vielfältige Art und Weise die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern. Ein Instrument ist die Arbeitszeitflexibilisierung, wozu Teilzeit- und Telearbeitsplätze zählen sowie flexible Tages-, Wochen- und Jahresarbeitszeiten. Auch die Förderung vor, während und nach der Elternzeit gehört zum Maßnahmenkatalog – darunter fallen beispielsweise Weiterbildungsangebote für Eltern, Patenprogramme während der Elternzeit oder Initiativen, die Männer ermutigen sollen, Elternzeit zu nehmen oder Teilzeit zu arbeiten. Dritter Baustein einer familienfreundlichen Personalpolitik ist die direkte Unterstützung der Mitarbeiter bei der Betreuung oder Pflege von Kindern und Angehörigen: Das können zusätzliche Arbeitsfreistellungen bei Krankheit der Kinder, eine betriebliche Kinderbetreuung oder freiwillige Unterstützungen bei der Kurzzeitpflege sein. Viertes und letztes Maßnahmenbündel sind Familienservices und Beratungsangebote. Hierzu zählen Rechtsberatungen, Freizeitangebote für Familien oder der Zugang von Mitarbeiterkindern zur Kantine.

Familie und Beruf: Das Engagement der Unternehmen

So viel Prozent der Unternehmen praktizieren so viele familienfreundliche Maßnahmen

	dreizehn oder mehr	zehn bis zwölf	sieben bis neun	vier bis sechs	eine bis drei	keine	Anteil familienfreundlicher Unternehmen in Prozent
Vereinigtes Königreich	25,6	30,7	24,6	13,5	4,7	0,8	30,3
Schweden	20,6	26,2	27,9	18,1	6,7	0,4	62,3
Deutschland	10,3	16,9	29,7	28,4	13,9	0,8	37,7
Italien	2,7	6,6	17,7	35,3	33,1	4,6	54,8
Frankreich	1,8	12,8	34,3	33,2	17,1	0,7	47,9
Polen	1,1	5,8	14,6	44,6	32,7	1,2	34,5

Befragung von mehr als 5.000 Unternehmen in sechs europäischen Ländern im Herbst 2009; Familienfreundliche Unternehmen: Betriebe, die folgenden Aussagen zustimmen: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine Selbstverständlichkeit; Mitarbeiter mit und ohne Familienpflichten haben die gleichen Aufstiegschancen und Mitarbeiter sind an den Informationsprozessen über oder an der Gestaltung von familienfreundlichen Maßnahmen beteiligt; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

iwd Institut der deutschen Wirtschaft Köln

*) vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Institut der deutschen Wirtschaft Köln und Robert-Bosch-Stiftung: Europäischer Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit. Berlin 2010; zu beziehen über www.iwkoeln.de

In allen sechs untersuchten Ländern sind dies die am weitesten verbreiteten Instrumente, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Vor allem Großbritannien und Schweden sind hier führend; das deutsche und französische Engagement ist in etwa gleich stark ausgeprägt, während die Unternehmen in Italien und Polen etwas seltener mit flexiblen Arbeitszeiten operieren.

• **Förderung im Rahmen der Elternzeit.** In ganz Europa gibt es eine gesetzlich geregelte Elternzeit, doch die Betriebe können das Regelwerk noch ergänzen – durch Patenprogramme für junge Väter und Mütter, Weiterbildungsangebote, finanzielle Leistungen oder indem sie Männer ermutigen, Elternzeit zu nehmen oder Teilzeit zu arbeiten. Eine solche Förderung – vor allem die Möglichkeit, während der Elternzeit in Teilzeit zu arbeiten – ist in schwedischen, britischen und deutschen Unternehmen üblich. In den anderen drei Ländern ist das Engagement rund um die Elternzeit eher verhalten.

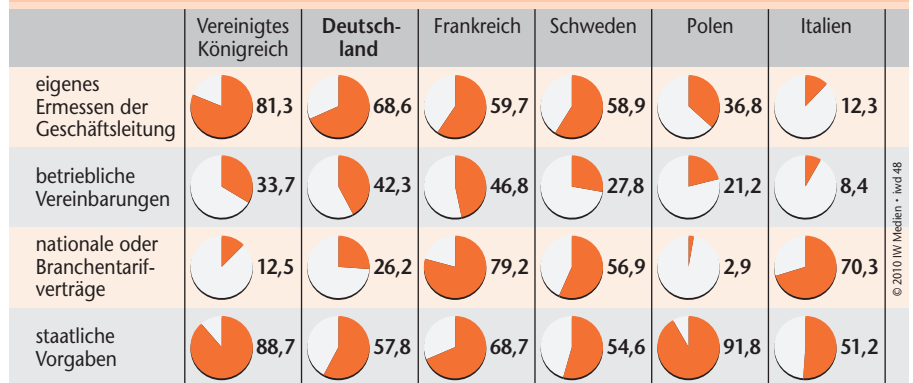
• **Kinder- und Angehörigenbetreuung.** In diese Kategorie fallen Betriebskindergärten, freiwillige Unterstützungen bei der Pflege und Freistellungen von der Arbeit bei Krankheit der Kinder oder bei der Kurzzeitpflege, die über die gesetzlichen Regelungen hinausgehen. All dies wird in den untersuchten Ländern relativ verhalten praktiziert. Wenn die Unternehmen auf diesem Sektor aktiv werden, dann vor allem durch Gewährung von Sonderurlaub. Betriebliche Kindergärten bieten dagegen nur sehr wenige Unternehmen an, eher unterstützen sie Mitarbeiter bei der Organisation der Kinderbetreuung.

Die britischen Unternehmen engagieren sich bei der Kinder- und Angehörigenbetreuung am meisten, in Deutschland bieten immerhin 38 Prozent der Betriebe zwei oder mehr Maßnahmen in diesem Bereich an – ein Wert, den in etwa auch Frankreich erreicht.

• **Familienorientierte Dienstleistungsangebote.** Wenn Unternehmen als Dienstleister für die Familien ihrer Mitarbeiter auftreten, dann reicht das Spektrum vom Bügelservice über die Rechtsberatung bis hin zu Freizeitangeboten. All diese Maßnahmen sind in den sechs EU-Ländern eher die Ausnahme als die Regel, lediglich

Familienfreundliche Personalpolitik: In Deutschland überwiegt die Eigeninitiative

So viel Prozent der Unternehmen nennen als Grundlage für familienfreundliche Maßnahmen...



Mehrfachnennungen; Befragung von mehr als 5.000 Unternehmen in sechs europäischen Ländern im Herbst 2009; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

in Schweden kommt es vergleichsweise häufig vor, dass Mitarbeiterkinder Zugang zur Betriebskantine haben (in 37 Prozent der Unternehmen) oder der Betrieb Ferienlager oder Hausaufgabenhilfe anbietet oder diese subventioniert (35 Prozent).

Im Rahmen des Unternehmensmonitors wurden die Betriebe auch nach ihren Motiven für eine familienfreundliche Personalpolitik befragt (Grafik):

In allen Ländern – außer in Deutschland – ist der häufigste Grund für die Einführung oder Beibehaltung solcher Maßnahmen, dass die Betriebe damit staatlichen oder tarifvertraglichen Vorgaben nachkommen.

In Polen haben folgerichtig fast 92 Prozent der Unternehmen auf rechtliche Auflagen mit zumindest einem familienfreundlichen Instrument reagiert, in Großbritannien sind es fast genauso viel. In Frankreich basiert in annähernd 69 Prozent der Firmen mindestens eine Maßnahme auf einer Vorgabe oder einer staatlichen Förderung. In Deutschland hingegen haben nur knapp 58 Prozent der Betriebe ein personalpolitisches Instrument auf der Grundlage eines staatlichen Eingriffs eingeführt. Stattdessen überwiegt in deutschen Unternehmen das Eigenkalkül:

Mehr als zwei Drittel der Betriebe hierzulande praktizieren familienorientierte Maßnahmen auf Initiative der Geschäftsleitung.

Noch aktiver sind die Chefs nur in Großbritannien, wo acht von zehn Firmen in puncto Familienfreundlichkeit

ohne Vorgabe vom Staat oder den Verbänden aktiv geworden sind.

Ein weiterer Grund dafür, dass Firmen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, sind Initiativen von betrieblichen Interessenvertretungen oder Vereinbarungen zwischen Mitarbeitern und dem Management. In Deutschland wurden auf diese Weise mehr als gut 42 Prozent der Maßnahmen eingeführt, ein Wert, der nur noch in Frankreich übertroffen wird.

Und wozu das Ganze? Familienfreundliche Personalpolitik – und dies gilt für alle Länder, die im Rahmen des Europäischen Unternehmensmonitors unter die Lupe genommen wurden – dient in erster Linie dazu, die Attraktivität des Unternehmens als Arbeitgeber zu erhöhen. Die Unternehmensleitungen haben dabei sowohl die bereits beschäftigten Mitarbeiter als auch potenzielle Bewerber im Visier.

Welchen Stellenwert die europäischen Unternehmen dem Thema geben, zeigt sich auch daran, dass selbst während der Wirtschaftskrise die Mehrzahl der Betriebe an ihrer familienfreundlichen Personalpolitik festgehalten hat. Nur in Italien fielen entsprechende Regelungen und Modelle der Rezession zum Opfer.

Die Bedeutung der Familienfreundlichkeit wird in den kommenden fünf Jahren nach Ansicht der meisten befragten Unternehmen sogar noch zunehmen. Lediglich in Polen vertreten relativ viele Betriebe die Auffassung, dass eine familienfreundliche Personalpolitik in den kommenden Jahren zunehmend unwichtiger wird.

Bahnverkehr

Konkurrenz macht zukunftsfähig

Vor 175 Jahren begann in Deutschland das Eisenbahnzeitalter. Zunächst wuchs das Schienennetz rasant. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg folgten dann allerdings zahlreiche Streckenstilllegungen, weil die Bundesbahn hohe Verluste einfuhr. Seitdem der Schienenverkehr im Zuge der Bahnreform von 1994 liberalisiert wurde, geht es jedoch wieder aufwärts – die Passagierzahlen und die Transportleistung sind zuletzt deutlich gestiegen.

Am 7. Dezember 1835 fuhr die erste dampfgetriebene Eisenbahn in Deutschland von Nürnberg nach Fürth. In den folgenden Jahren wurde das Eisenbahnnetz in hohem Tempo ausgebaut – schon bis 1870 wuchs die Länge der verlegten Gleise von 6 auf mehr als 19.500 Kilometer (Grafik). Die meisten Hauptstrecken, auf denen die Fahrgäste heute unterwegs sind, waren damit bereits damals in Betrieb.

Zu verdanken war dies vor allem dem Mut und Engagement privater Unternehmer, während die deutschen Staaten der Bahn wegen der risikoreichen Investitionen zunächst sehr skeptisch gegenüberstanden. Erst nachdem sich die Eisenbahn als nützlicher Transportweg für militärische Zwecke erwiesen hatte, wurden die Bahngesellschaften zwischen 1880 und 1910 nach und nach von den Ländern verstaatlicht. Im Jahr 1924 wurde schließlich eine zentrale Reichsbahn gegründet – allerdings nicht etwa im Interesse der Fahrgäste, sondern weil die Siegermächte des Ersten Weltkriegs die Bahn-Gewinne als Reparationszah-

lungen beanspruchten. Die bis heute gültige Bestimmung, wonach Fernbusse der Schiene nur sehr eingeschränkt Konkurrenz machen dürfen, geht noch darauf zurück.

Nach dem Zweiten Weltkrieg machte in Westdeutschland nicht mehr die globale Politik der Bahn das Leben schwer, sondern die aufstrebende Wirtschaft. Denn im Wirtschaftswunderland stiegen immer mehr Menschen vom Zug aufs eigene Auto um. Vor allem aber verlagerten die Unternehmen ihre Transporte von der Schiene auf die Straße, um ihre Kunden flexibler beliefern zu können. Dies bescherte der Bundesbahn zunehmend finanzielle Probleme – nach ihrem einzigen Gewinnjahr 1951 häufte sie bis 1960 bereits Verbindlichkeiten von mehr als 10 Milliarden DM an. Viele Strecken rentierten sich nicht mehr. Die Konsequenz: Seit 1960 wurde in Deutschland mehr als ein Viertel des Bahnnetzes stillgelegt.

Dennoch sind die Bundesbürger im europäischen Vergleich nach wie vor sehr gut angebunden (Grafik Seite 7):

Mit 106 Metern je Quadratkilometer Fläche verfügte Deutschland im Jahr 2008 über ein deutlich dichteres Schienennetz als andere große EU-Staaten wie Italien (79 Meter) oder Frankreich (74 Meter).

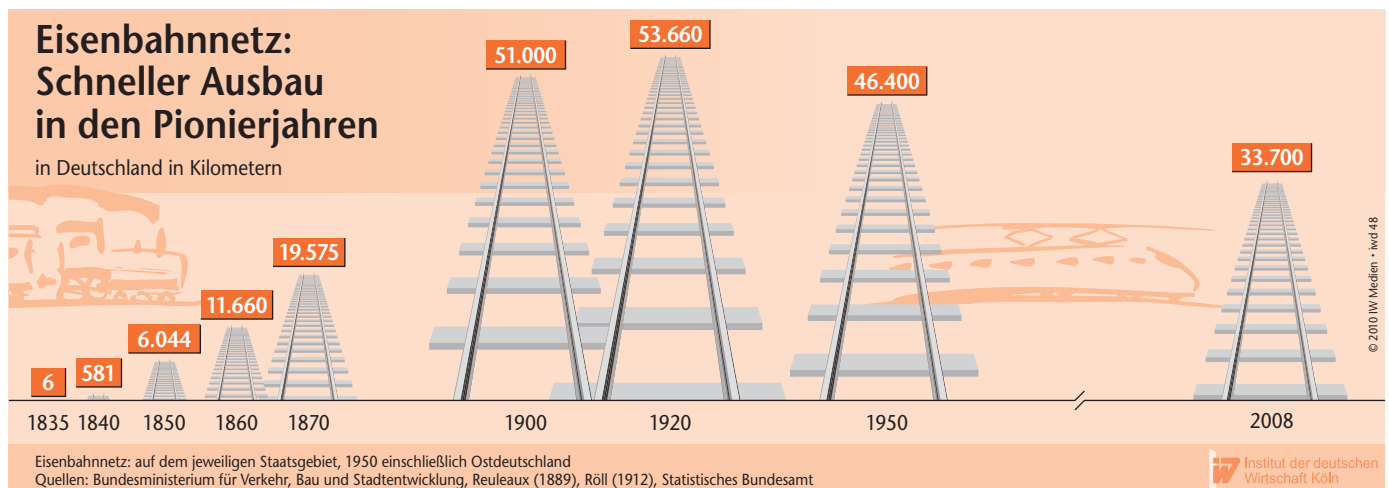
Nur in einigen kleineren Ländern wie Tschechien oder der Schweiz sind die Gleisanlagen noch länger und enger verknüpft. Entsprechend stellen Schienen, Weichen und Signale hierzulande nach wie vor ein großes Vermögen dar – der Wert des deutschen Bahnnetzes betrug 2008 fast 88 Milliarden Euro.

Und dieses Kapital wird kräftig genutzt – so legten die Bahnfahrer zwischen Flensburg und Füssen im Jahr 2008 insgesamt rund 86 Milliarden Kilometer zurück. Dies bedeutete Rang zwei in der EU. Nur die Franzosen waren noch häufiger und länger auf Schienen unterwegs – im Heimatland des schnellen TGV summierte sich die Personenverkehrsleistung zuletzt auf fast 87 Milliarden Kilometer.

Beim Güterverkehr auf der Schiene hält die Bundesrepublik in Europa ohnehin die Spitzenposition:

Mit rund 116 Milliarden Tonnenkilometern entfiel im Jahr 2008 mehr als ein Viertel der per Zug erbrachten Güterverkehrsleistung in der EU auf Deutschland.

Doch das hohe Transportaufkommen verursacht auch Probleme. So war zuletzt auf wichtigen Gütertransportstrecken,



wie den Verbindungen zum Hamburger Hafen, die Kapazitätsgrenze erreicht. Auch an Verkehrsknotenpunkten wie Köln oder Hannover ist das Netz an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Ohne einen zielgerichteten Ausbau drohen in den kommenden Jahren massive Engpässe.

Diese Entwicklung ist nicht zuletzt der Bahnreform von 1994 zuzuschreiben (Grafik). Mit ihr hat Deutschland einen großen Schritt von der „Behördenbahn“ hin zum Wettbewerb im Schienenverkehr gemacht. So sind westdeutsche Bundesbahn und ostdeutsche Reichsbahn in eine privatrechtlich organisierte Gesellschaft überführt worden und die Bundesländer haben die Zuständigkeit für den Personennahverkehr auf der Schiene erhalten. Sie können jetzt Angebote für einzelne Strecken gezielt ausschreiben. Dabei kommen auch private Anbieter zum Zug, denn die Reform hat das Netz für Konkurrenten der Deutschen Bahn (DB) geöffnet.

Die Bahnreform ist in der Öffentlichkeit aber auf viel Kritik gestoßen – wohl nicht zuletzt deshalb, weil sie so manchen Eisenbahner-Job gekostet hat: Die Zahl der DB-Beschäftigten sank seit 1994 von 376.000 auf 248.000. Doch an solchen Rationalisierungsmaßnahmen ging angesichts der vorherigen desolaten Lage kein Weg vorbei – allein 1994 hatten Bundes- und Reichsbahn fast 8 Milliarden Euro Verlust eingefahren. Der Erfolg gerade im Personenverkehr gibt den Reformern mittlerweile recht:




Die Zahl der pro Jahr beförderten Fahrgäste stieg zwischen 1994 und 2008 um fast 56 Prozent auf mehr als 2,3 Milliarden.

Allerdings entfiel der Zuwachs vor allem auf den liberalisierten Nahverkehr; entsprechend stieg die Verkehrsleistung „nur“ um gut 31 Prozent. Zudem bedeutet der Aufwärtstrend keineswegs, dass sich die Bundesbürger vom Auto verabschieden – der Marktanteil der Schiene im Personenverkehr erhöhte sich im genannten Zeitraum lediglich von 2,4 auf 3,5 Prozent. Dennoch stimmt die Richtung, schon weil die Konkurrenz der DB Beine macht:

Im Jahr 2009 wurden bereits mehr als 20 Prozent der von den Bundeslän-

Eisenbahnnetze in Europa: Viel Verkehr auf deutschen Schienen

im Jahr 2008

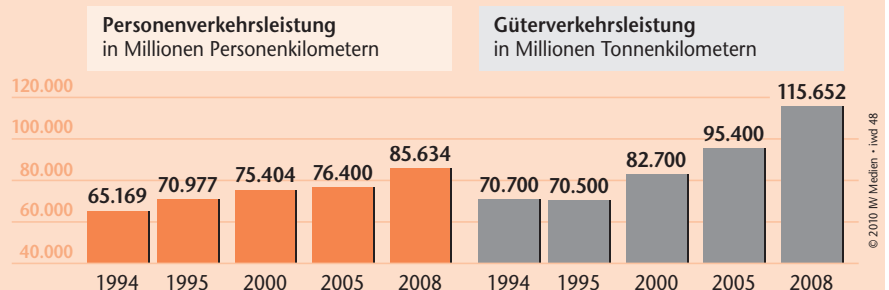
	 Netzdichte in Metern pro Quadrat-kilometer Fläche	 Güterverkehrsleistung in Millionen Tonnen-kilometern	 Personenverkehrsleistung in Millionen Personen-kilometern
Tschechien	199,3	15.437	6.773
Schweiz	123,7	12.265	17.951
Deutschland	105,8	115.652	85.634
Italien	79,1	23.831	49.524
Österreich	74,6	21.915	9.687
Frankreich	73,6	40.548	86.516
Niederlande	69,5	6.984	1.588
Vereinigtes Königreich	64,6	24.831	53.002
Polen	64,6	52.043	19.762
Spanien	26,5	10.475	22.074
Schweden	24,5	23.116	11.017
Griechenland	19,3	786	1.657

Ausgewählte Länder; Personenverkehrsleistung Niederlande: Angabe für 2007
Ursprungsdaten: Eurostat


 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Bahn: Mehr Menschen, mehr Güter

Am 1. Januar 1994 trat die Bahnreform in Kraft. Mit ihr wurden nach und nach Bundesbahn und Reichsbahn in die neue, privatrechtlich organisierte Deutsche Bahn AG umgewandelt, die Zuständigkeit für den Schienen-Personennahverkehr vom Bund auf die Länder übertragen und der Zugang zum Eisenbahnnetz für private Unternehmen geöffnet. Durch das Engagement der Bundesländer und die stärkere Konkurrenz verbesserte sich vor allem im Personennahverkehr das Angebot und die Fahrgastzahlen stiegen.



Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

dern eingekauften Zugkilometerleistung von privaten Bahngesellschaften erbracht.

Auch im Güterverkehr haben die privaten Anbieter das Geschäft belebt – erstmals nach 1945 ist der Marktanteil der Schiene zuletzt wieder gestiegen, auf 17,3 Prozent. Auffällig ist, dass die Transportleistung mit nahezu 65 Prozent seit 1994 viel stärker wuchs als die beförderte Gütermenge (plus 10 Prozent). Demnach wurden zuletzt mehr leichtere Waren per Zug über größere Strecken geliefert.

Auf der Langstrecke dürfte die Zukunft der Bahn ohnehin im weiter expan-

dierenden Güterverkehr liegen. Schließlich kann sie doch gerade auf großen Distanzen ihre Vorteile gegenüber dem Lkw ausspielen. Aber auch im Personenverkehr könnten ICE, Eurocity etc. weiter an Bedeutung gewinnen, sind doch die Hauptverkehrsadern des Straßenverkehrs nicht nur in Deutschland längst chronisch überlastet.

Soll dies alles gelingen, müssen jedoch auch in den europäischen Nachbarländern die Schienenverkehrsmärkte liberalisiert werden, damit das Angebot besser den Anforderungen der Bahnreisenden und der Unternehmenskunden im Güterverkehr entspricht.

Spitzenforschung

An deutschen Unis eher selten

Nicht nur die USA heimsen Jahr für Jahr Nobelpreise für wegweisende naturwissenschaftliche Erkenntnisse ein, auch Deutschland steht bei der renommiertesten Auszeichnung der Welt gar nicht so schlecht da. Im Gegensatz zu den meisten ausländischen Preisträgern kommen die deutschen Spitzenforscher aber überwiegend von außeruniversitären Forschungseinrichtungen, seltener von Hochschulen. Das liegt an der spezifischen deutschen Wissenschaftslandschaft.

Wie innovativ ein Land ist, erkennt man unter anderem daran, wie viel Prozent der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung arbeiten oder wie viele Patente in einem Land angemeldet werden. Für Innovationen besonders relevant sind die Naturwissenschaften Chemie und Physik. Im Wissenschaftsolymp angekommen ist, wer auf diesen Forschungsgebieten Nobelpreise gewinnt.

Absolut gesehen haben die Forscher aus den USA in den letzten 25 Jahren die meisten Nobelpreise in den Naturwissenschaften gewonnen, insgesamt mehr als dreimal so viele wie ihre Konkurrenten in Deutschland. Berücksichtigt man anteilig vergebene Preise, kommen die USA sogar auf fast siebenmal so viele Auszeichnungen. Ihre Stärke ziehen die US-Wissenschaftler offenbar aus den hervorragenden Forschungsbedingungen

an den amerikanischen Universitäten (Grafik):

Gut acht von zehn Nobelpreisen, die Forscher an US-Einrichtungen gewannen, gingen an Wissenschaftler einer Universität.

Die deutschen Hochschulen können da zwar bei weitem nicht mithalten. Doch Forschung findet hierzulande eben nicht nur an Universitäten statt – die Stärke der deutschen Wissenschaftslandschaft liegt vielmehr in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Bund und Länder finanzieren neben den wissenschaftlichen Akademien vor allem vier außeruniversitäre Forschungseinrichtungen: die Helmholtz-Zentren, die Institute der Max-Planck-Gesellschaft, die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft sowie die Leibniz-Gemeinschaft.

Besonders in den Naturwissenschaften sind diese vier Einrichtungen stark. Sie haben etwa so viele naturwissenschaftlich-technische Forscher wie alle deutschen Hochschulen zusammen und sind finanziell besser ausgestattet: Rechnet man die dort beschäftigten Forscher auf Vollzeitstellen um, erhielten Helmholtz und Co. im Jahr 2008 durchschnittlich 123.500 Euro staatliche Förderung pro Kopf. Den Universitäten spendierte die öffentliche Hand lediglich 104.000 Euro.

Außerdem ziehen die außeruniversitären Einrichtungen mehr wissenschaftliche Talente aus dem Ausland an: Während an deutschen Hochschulen etwa jeder zehnte Wissenschaftler keine deutsche Staatsbürgerschaft hat, ist an den anderen Forschungsinstituten jeder achte Forscher nichtdeutscher Herkunft.

Nobelpreise: USA räumen ab

So viele der seit 1985 vergebenen Nobelpreise in Chemie und Physik gingen an Forscher in diesen Ländern

Weil die Preisgelder für die Auszeichnungen meist durch mehrere Forscher geteilt werden, kommen unge-rade Zahlen zustande

	Insgesamt	davon so viel Prozent an Forscher ...	
		an Universitäten	in außeruniversitären Forschungseinrichtungen
Kanada	1,33	100,0	0,0
Vereinigte Staaten	31,44	84,1	15,9
Frankreich	2,99	80,6	19,4
Japan	1,91	73,8	26,2
Übrige Staaten	1,83	68,3	31,7
Israel	1,00	66,8	33,2
Vereinigtes Königreich	2,16	61,5	38,5
Schweiz	3,58	34,9	65,1
Deutschland	4,50	8,3	91,7

Ursprungsdaten: Nobelpreiskomitee

i7 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 48

Für Adressaufkleber

Noble Naturwissenschaftler

In Chemie, Physik und Physiologie/Medizin wurden bislang insgesamt 307 Nobelpreise vergeben, davon gingen 79 Auszeichnungen nach Deutschland (Chemie: 29, Physik: 28, Physiologie/Medizin: 22). Allerdings werden die Preise sowie die Preisgelder oft durch mehrere Forscher geteilt. Die jüngsten Preisträger waren Gerhard Ertl (Chemie, 2007, Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft), Peter Grünberg (Physik, 2007, Forschungszentrum Jülich) und Harald zur Hausen (Medizin, 2008, Universität Freiburg).